

Wendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen würde selbstverständlich das unveräußerliche Recht seiner Teilnehmer auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta nicht einschränken. Zugleich würde er den Mitgliedern beider Bündnisse die Befürchtung nehmen, daß die innerhalb des jeweiligen Bündnisses geltenden Verpflichtungen zu Aggressionszwecken gegen Staaten, die dem jeweils anderen Bündnis angehören, ausgenutzt werden können und diese Verpflichtungen folglich deren Sicherheit gefährden.

Obwohl vorgeschlagen wird, einen Vertrag über die gegenseitige Nichtanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten der beiden militärisch-politischen Bündnisse abzuschließen, hätten auch andere interessierte europäische Staaten das Recht, an seiner Ausarbeitung und Unterzeichnung teilzunehmen.

Von Anfang an würde der Vertrag auch anderen Staaten der Welt, die es wünschen, zum Beitritt als gleichberechtigte Teilnehmer offenstehen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses sind überzeugt, daß der Abschluß eines solchen Vertrages zur Überwindung der Teilung Europas in einander gegenüberstehende militärische Gruppierungen beitragen und den Wünschen der Völker, in Frieden und Sicherheit zu leben, entsprechen würde. Sie appellieren an die Mitgliedstaaten des Nordatlantikvertrages, dieser neuen Initiative alle Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen und konstruktiv darauf zu antworten.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages haben in dieser Politischen Deklaration ihre Vorstellungen über die Wege und Mittel zur Festigung des Friedens, zur Erhaltung und Vertiefung der internationalen Entspannung unter den gegenwärtigen Bedingungen dargelegt. Sie erklären ihre Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit allen, die dieses hohe Ziel erstreben.

Für die Volksrepublik Bulgarien

Todor Shiwkow

*Generalsekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei,
Voritzender des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien*

Für die Ungarische Volksrepublik

János Kádár

Erster Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei